



KOLUMNE der DFG

1. Mai 2024

Staatsbesuch

Am 26. Mai, drei Tage nach den Feiern zum 75. Geburtstag des Grundgesetzes und wenige Tage vor der Europawahl, kommt (nach den bisher bekannt gewordenen Planungen) der französische Staatspräsident Emanuel Macron zu einem Staatsbesuch nach Deutschland. Mit der dreitägigen Visite holt er den Besuch nach, der eigentlich für den letzten Juli geplant war und von ihm wegen gewaltsamer Unruhen in französischen Vorstädten kurzfristig abgesagt worden war. Wenn dieser Besuch – was wir nicht hoffen wollen – aus welchen Gründen auch immer nicht erneut abgesagt wird, ist es der erste Staatsbesuch eines französischen Präsidenten in der Bundesrepublik seit dem Besuch Jacques Chiracs im Jahre 2000. Macron war in seiner bislang siebenjährigen Amtszeit häufig in Deutschland, zuletzt anlässlich der Trauerfeiern für Wolfgang Schäuble und ist hochrangigen deutschen Politikern hier oder bei zahlreichen bilateralen oder multilateralen Anlässen in Frankreich, in Brüssel oder anderswo regelmäßig begegnet.

Nun also erstmals ein Staatsbesuch. Was heißt das für die deutsch-französischen Beziehungen?

In den Medien werden Besuche von staatlichen Repräsentanten aus dem Ausland häufig generell als Staatsbesuche bezeichnet. In Wirklichkeit ist ein so bezeichneter Besuch aber ausschließlich Staatsoberhäuptern vorbehalten. Nur sie können einen Staatsbesuch absolvieren und ein ausländisches Staatsoberhaupt zu einem Staatsbesuch einladen. Der Staatsbesuch ist mithin der höchste protokollarische Besucheraustausch

zwischen Staaten. Entsprechend ist er mit zahlreichen protokollarischen Besonderheiten ausgestattet. So liegt zwischen zwei Staatsbesuchen in der Regel ein größerer Zeitabstand, meist sind das etwa 7 Jahre. Staatsbesuche finden auch abwechselnd statt, müssen also erwidert werden, bevor ein erneuter Staatsbesuch möglich ist. Bei gewählten Staatsoberhäuptern führt das angesichts deren begrenzter Amtszeiten in der Regel dazu, dass sie in dem jeweiligen Land nur einen Staatsbesuch durchführen können. Ausnahmen sind erbliche Staatsoberhäupter, die in ihrer häufig langen Amtszeit mehrmals zu Staatsbesuchen kommen können. So war die britische Königin Elizabeth II. in ihrer über 70jährigen Amtszeit zwischen 1965 und 2015 viermal auf Staatsbesuch in Deutschland.

Staatsbesuche folgen anders als etwa Arbeitsbesuche von Regierungschefs einem weitgehend festgelegten Ablauf. Während sie in der Frühzeit der Bundesrepublik meist eine ganze Woche dauerten, von der die ersten zwei bis drei Tage der Hauptstadt und der Rest einer Reise in ein oder mehrere Bundesländer galten, hat der mit den Jahren immer größer gewordene Termindruck dazu geführt, dass heutzutage ein solcher Besuch nur noch selten länger als drei Tage dauert. Das gilt insbesondere dann, wenn das anreisende Staatsoberhaupt (wie etwa der US-Präsident oder eben auch Macron) zugleich Regierungsverantwortung trägt.

Wesentliche protokollarische Elemente eines Staatsbesuchs sind eine Begrüßung des Gastes mit militärischen Ehren am Flughafen (oder wie bei uns am Schloss Bellevue, dem Amtssitz des Bundespräsidenten), eine Kranzniederlegung an einem Ehrenmal (bei uns in der Neuen Wache Unter

den Linden) und ein festliches Staatsbankett, zu dem der Bundespräsident und seine Frau in das Schloss Bellevue bitten. Die früher übliche Gegeneinladung durch den Gast gibt es nur noch in Ausnahmefällen und dann eher nicht als Bankett, sondern etwa als Konzertveranstaltung. Politische Gespräche stehen natürlich im Mittelpunkt eines solchen Besuchs. Außer mit dem Bundespräsidenten spricht der Gast mit dem Bundeskanzler, häufig auch mit der Parlamentspräsidentin und (eher selten) mit der Außenministerin. Ansonsten folgt das Protokoll den Wünschen des Gastes; das gilt auch für eine sich eventuell anschließende Reise in Bundesländer. Bei Staatsbesuchen werden nicht nur Geschenke, sondern manchmal auch Orden ausgetauscht.

Warum nun kommt der französische Präsident zu einem weitgehend zeremoniellen Besuch, obwohl er schon mit nahezu allen hochrangigen deutschen Repräsentanten hier und zuhause mehrfach zu Gesprächen zusammengetroffen ist? Staatsbesuche finden in aller Regel zwischen befreundeten Staaten statt, meist um eben dieses Verhältnis öffentlich zu betonen und zu stärken, manchmal auch um den Beziehungen einen zusätzlichen Impuls zu geben. In unserem hier betrachteten Fall dürfte beides zutreffen. Die deutsch-französischen Beziehungen haben sich in den 75 Jahren des Bestehens der Bundesrepublik immer mehr zu einer engen und vertrauensvollen Freundschaft entwickelt, an der auch keine Seite grundsätzliche Zweifel hegt. Andererseits erleben die beiden Länder angesichts schwieriger geopolitischer Entwicklungen und daraus resultierender unterschiedlicher Konzepte, wie diesen beizukommen wäre, derzeit verschiedene, sich zum Teil überlagernde Krisen, die zwar nicht den Kern der Freundschaft in Frage stellen, aber doch zeigen, dass der berühmte deutsch-französische Motor ins Stottern geraten ist. Hinzu kommt, dass nach Einschätzung vieler Beobachter das Verhältnis der beiden Regierungschefs zueinander nicht wirklich den Erwartungen entspricht, die in dieser Hinsicht Adenauer und de Gaulle, Giscard d'Estaing und Schmidt oder Mitterrand und Kohl, aber auch Chirac und Schröder geweckt haben.

So kann sicherlich ein Besuch, zu dem das deutsche Staatsoberhaupt seinen Kollegen Macron eingeladen hat, atmosphärisch, aber auch in der Sache helfen, die Beziehungen weiter zu vertiefen. Gastgeber ist nicht der Regierungspartner, sondern der Bundespräsident. Während des Besuches stehen zwischen beiden Regierungen möglicherweise strittige Fragen auf Regierungsebene eher nicht auf der Tagesordnung (auch wenn Macron und der Bundeskanzler im Rahmen des Besuchs zu einem Gespräch, vielleicht auch zu einem Mittagessen zusammenkommen dürften), sondern es geht vor allem darum, die Beziehungen zu pflegen und dabei die Gemeinsamkeiten in den Vordergrund zu stellen. Besondere Gesten, etwa eine Begleitung des Gastes durch den Bundespräsidenten bei einem Besuch in einem Bundesland oder eine Einladung der Parlamentspräsidentin, vor dem Deutschen Bundestag zu sprechen, können das zusätzlich unterstreichen und würden entsprechend wahrgenommen.

Auch unter Freunden, deren Repräsentanten sich auf allen Ebenen regelmäßig und häufig begegnen und für die Fortentwicklung der bilateralen Beziehungen wie für die Gestaltung Europas arbeiten, stellt daher ein eher „nur zeremonieller“ Staatsbesuch einen wichtigen Mehrwert dar, der auch einer breiteren Öffentlichkeit nachdrücklich in Erinnerung bleibt und etwaige Verstimmungen verdrängen kann. Was beiden Seiten kurz vor den Europawahlen durchaus entgegenkommen dürfte.

Dr. Rainald Steck

Vizepräsident